Professor Bruno Gleitze 65 Jahre

Autor(en): **Gemper, Bodo B.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **60 (1968)**

Heft 9

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354348

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Professor Bruno Gleitze 65 Jahre

Am 4. August vollendete Staatsminister a. D. Prof. Dr. Bruno Gleitze sein 65. Lebensjahr. Gleitze, Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) in Düsseldorf, hat sich vor allem auf dem Gebiet der Konjunktur- und Sozialpolitik einen Namen gemacht. Sein Wirken in der Öffentlichkeit hat eine unterschiedliche Beurteilung erfahren. Während er einerseits als Planwirtschafter und Gewerkschaftsideologe apostrophiert wurde, schätzt man auf der anderen Seite seine Tätigkeit als kritischer Konjunkturanalytiker. Als scharfer Kritiker der wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik der Deutschen Bundesbank hat Prof. Gleitze in der Tat als erster die jüngste Wirtschaftsflaute, die Westdeutschland 1966/67 durchlaufen hat, frühzeitig erkannt und in seinen Konjunkturanalysen treffsicher diagnostiziert. Seit seiner Jugend hat Gleitze auf beschwerlichen Wegen gehen müssen, – selbst auf den Höhen seiner beruflichen Karriere blieb sein Wirken nicht unangefochten.

Mit 16 Jahren schon bekannte sich der Tischlersohn und Verwaltungslehrling Bruno Gleitze aus Berlin-Friedrichshain zu den sozialistischen Idealen und erwarb 1919 die Mitgliedschaft bei der SPD (bzw. Arbeiterjugend) und der Gewerkschaft. Hohe Begabung, verbunden mit der Fähigkeit zu äußerst konzentriertem Arbeiten, erlaubten es ihm, durch den Besuch von Arbeiter-Abiturientenkursen im Jahre 1929 das Reifezeugnis zu erwerben, um dann Volkswirtschaftslehre zu studieren. Als Vorsitzender der Sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs (1929–1933) engagierte sich Gleitze zunehmend politisch und wurde 1932/1933 Vorsitzender der Sozialistischen Studenteninternationale, die der Zweiten Sozialistischen Internationale angegliedert war. Nach Abschluß des Studiums im Jahre 1930 promovierte Gleitze im Jahre 1940 in Berlin mit einer Arbeit über «Kriminalität im Wechsel der Konjunktur» zum Dr. rer. pol. Als Ordinarius für Statistik und als Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Berlin, Unter den Linden, schien Gleitze am Beginn einer erwartungsvollen Hochschulkarriere zu stehen, nachdem er seit 1935 als Statistiker während der Nazizeit in der Großindustrie hatte untertauchen müssen. Noch vor seiner Berufung an die Universität wurde Gleitze im Sommer 1945 auf der Grundlage der Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens mit der Organisation der Deutschen Zentralfinanzverwaltung der Sowjetzone betraut, deren Vizepräsident er bis Mai 1948 war. Im Juni 1945 wurde er von der Alliierten Militärkommandantur auch mit der Reorganisation des im Sowjetsektor Berlins gelegenen Statistischen Reichsamtes beauftragt, das die Sowjets im Herbst 1945, als sich die Westalliierten aus dieser Verantwortlichkeit zurückgezogen hatten, zum Statistischen Zentralamt für Ost-Berlin und ihre Besatzungszone umbildeten.

Noch vor der Teilung Deutschlands siedelte der zielstrebige Sozialist und Demokrat Gleitze, ein kompromißloser Gegner des totalitären Sozialismus, in den Westsektor Berlins über. Sein Hauptaugenmerk als Wirtschaftsforscher galt hier zunächst der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Mittel- und Ostdeutschlands. Zahlreiche grundlegende Publikationen weisen Gleitze als Intimkenner dieses Wirtschaftsraumes aus. Mit Ferdinand Friedensburg und Otto Suhr gehört Bruno Gleitze zu den Gründungsmitgliedern des nach dem Kriege neu gegründeten Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Im Jahre 1954 wurde Prof. Gleitze, ein inzwischen bei den deutschen Gewerkschaften sehr geschätzter Wissenschaftler, in die Geschäftsführung des Wirtschaftsforschungsinstitutes der Gewerkschaften berufen, dessen wissenschaftlicher Leiter er seit 1954, dessen Direktor er seit 1957 ist. Bruno Gleitze, der einer aufgeklärten, mündigen und freien Arbeitnehmerbewegung das Wort redet, hat den Gewerkschaften manche belebende Impulse erteilt und ihre Richtung nach dem Kriege mitbestimmt.

Gleitzes bisheriges Werk zu würdigen, heißt, an sein Bemühen um eine freie Gesellschaft und eine sozialgerechte Wirtschaftsordnung zu erinnern. Erst jüngst trat der erfahrene Statistiker mit einer Pionierarbeit auf dem Gebiete der Volksvermögensrechnung wieder hervor, nachdem er schon 1957 einen Sozial-Kapital-Plan entwickelt hatte, der inzwischen als Gleitze-Plan in der Diskussion um die Vermögensbildung Eingang gefunden hat. Als Mitglied der EWG-Sachverständigengruppe für die mittelfristigen Perspektiven hat Prof. Gleitze seit 1964 das erste Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik in der EWG mitgestaltet. Auch in anderen Gremien wurde sein Rat gesucht. An erster Stelle ist hier seine Aktivität als Mitglied des Forscherkreises des Forschungsbeirates beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zu nennen. Ausdruck seiner Bemühungen um die Vorbereitung einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung Deutschlands ist auch seine 1957 erfolgte Berufung in den Beirat des Göttinger Arbeitskreises, ein Gremium von Wissenschaftlern aus Mittel- und Ostdeutschland. Bruno Gleitze, Mitglied verschiedener Gremien beim Parteivorstand der SPD, weiß sehr fein zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie zu unterscheiden: «Ich bin Sozialist, das kann mehr, das kann weniger sein als ein Sozialdemokrat.» Als Mensch von hochgradiger Offenheit, dessen ewig vitales Spiel der Augen seinen Worten besondere Ausdruckskraft verleiht, konnte er dem parteipolitischen Wechselspiel der Opportunität keinen Geschmack abgewinnen. Gleitze, Gegner jeglicher Kommandowirtschaft, tritt zur Erreichung des hohen Grades volkswirtschaftlicher Effizienz, die in einer Wettbewerbswirtschaft verwirklicht werden kann, für eine planvolle aber marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik ein.

Als wissenschaftliches Hobby betreibt er im Rahmen seiner kulturhistorischen Forschungen eine intensive Vornamensforschung. Ent-

sprechend seinen Haupttätigkeits- und Interessensgebieten heben sich thematisch aus der Vielzahl seiner Veröffentlichungen seine Arbeiten zur Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik, Währungspolitik sowie Sozial-, Lohn- und Arbeitsmarktpolitik ab.

Zu seinen wesentlichen monographischen Darstellungen zählen: Die Konjunkturkriminalität (1941; 1966), Ostdeutsche Wirtschaft (1946), Economic Development of Eastern Germany in the Industrial Age (1960), Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch (1960), Sowjetzonenwirtschaft in der Krise (1962) und Sozial-Kapital und Sozialfonds, Beiträge zur Frage der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer (1968).

Bodo B. Gemper, Köln

Suspendierung der Automobilarbeiter-Gewerkschaft

Mr. Meany ergreift die Offensive in dem Kampf Reuther–Meany[1]

«Dear Sir and Brother»

So beginnt der Brief Mr. *Meanys*, des Präsidenten der großen Arbeiterorganisation AFL-CIO, an Mr. *Walter Reuther*, den Präsidenten der UAW, der United Automobile Workers Union, in dem er ihm mitteilt, daß die Zugehörigkeit der UAW zur AFL-CIO bis auf weiteres suspendiert ist.

Der Grund dafür ist, daß Mr. Reuther es seit mehr als drei Monaten abgelehnt hat, die fälligen Mitgliedsbeiträge seiner Gesellschaft im Betrag von 90 000 Dollar pro Monat an die Hauptorganisation abzuführen. Auf der Maitagung der UAW in Atlantic City war beschlossen worden, keine Beiträge mehr zu bezahlen, ehe die Hauptorganisation die von der Reuthergruppe verlangte Sonderkonferenz zur Klärung der UAW-Vorschläge einberufen hätte.

Mr. Meany hatte bereits einige Tage vorher gewarnt, daß die Satzungen der American Federation of Labor (AFL) und des Congress of Industrial Organization (CIO) eine automatische Suspendierung jeder Teilgewerkschaft verlange, die mit ihren Beitragszahlungen im

[1] Siehe «Gewerkschaftliche Rundschau», Heft 2/1968: Aus dem Gewerkschaftsleben der USA (Seite 43) und Heft 5/1968: Wird es zu einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen Walter Reuther und George Meany kommen? (Seite 148.)